

Niederschrift

über die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses der Stadt Hilden am Montag, 28.01.2008

Die Mitglieder des Personalausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Vorsitzenden, Ratsmitglied Walter Corbat, vom 03.01.2008 am Montag, 28.01.2008, 17.00 Uhr, im Sitzungsraum 105 im Rathaus, Am Rathaus 1, versammelt.

Unter dem Vorsitz des Ratsmitgliedes Walter Corbat/CDU waren anwesend:

I. Ratsmitglieder und Mitglieder des Personalausschusses

- a) Ratsmitglieder
 - 1. Ratsmitglied Hans-Georg Bader/SPD
 - 2. Ratsmitglied Susanne Brandenburg/CDU
 - 3. Ratsmitglied Torsten Brehmer/SPD
 - 4. Ratsmitglied Alexander Büttner/CDU
 - 5. Ratsmitglied Walter Corbat/CDU
 - 6. Ratsmitglied Reinhold Daniels/SPD
 - 7. Ratsmitglied Dr. Stephan Lipski/CDU

- b) beratende Mitglieder
 - 1. Viktor Herold
 - 2. Roland Krüger
 - 3. Hartmut Toska
 - 4. Jörg Probach

II. von der Verwaltung

- 1. Bürgermeister Günter Scheib
- 2. Beigeordneter Norbert Danscheidt
- 3. Beigeordneter Reinhard Gatzke
- 4. Kämmerer Heinrich Klausgrete
- 5. Stadtoberverwaltungsrätin Dorothee Arnold, zugleich als Schriftführerin
- 6. Stadtoberamtsrätin Monika Klemz, Gleichstellungsbeauftragte
- 7. Stadtamtfrau Anke Maurer
- 8. Frau Claudia Rehag, Personalratsvorsitzende

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Umsetzung der Leistungsvergütung nach § 18 TVöD SV-Nr. 10/027
- 2. Haushaltsangelegenheiten
- 3. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
- 4. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

5. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

6. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

7. Stellenplan 2008

SV-Nr. 10/026

Der Vorsitzende, RM Corbat, eröffnete die Sitzung des Personalausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Sodann stellte er fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Sitzungsunterlagen vollständig und rechtzeitig zugegangen waren.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Klemz verteilte zum TOP 1 ihre Stellungnahme als Tischvorlage. Da keine weiteren Änderungen oder Erweiterungen beantragt wurden, erfolgte die Beratung und Beschlussfassung wie folgt:

I. Öffentliche Sitzung

Zunächst wies der Vorsitzende, RM Corbat, auf die Notwendigkeit hin, eine mögliche Befangenheit zu erklären. Meldungen ergaben sich hierzu keine.

1. Umsetzung der Leistungsvergütung nach § 18 TVöD - SV-Nr. 10/027

Herr Beigeordneter Danscheidt erläuterte, dass die Sitzungsvorlage zur Information über den derzeitigen Stand der Umsetzung der Leistungsentgelte diene. Zum 01.10.2007 sei hierzu eine Dienstvereinbarung (DV) in Kraft getreten, nachdem durch intensive Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Personalrat ein Konsens gefunden worden sei. In 2008 würde das Leistungsentgelt noch pauschal verteilt (sog. „Gießkannenprinzip“). Man habe sich bei der Erarbeitung der DV die nötige Zeit genommen, um eine möglichst ausgewogene Lösung zu erreichen, deren Bestand auch von längerer Dauer sein sollte. Zudem sollten auch erste Erfahrungen anderer Städte bei der Erarbeitung der DV berücksichtigt werden.

RM Brandenburg erkundigte sich nach der Regelung für Teilzeit-Kräfte und erklärte gleichzeitig, diese Frage hätte sich durch die nachgereichte Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten beinahe erledigt.

Herr Beigeordneter Danscheidt stellte dar, dass die Gleichstellungsbeauftragte hier eine andere Auffassung als die Verwaltung und der Personalrat verträte und es durchaus Gründe sowohl für als auch gegen eine anteilige Zahlung des Leistungsentgeltes an Teilzeit-Kräfte gäbe. Jedoch habe man sich mit der gesamten Betrieblichen Kommission bewusst für eine anteilige Zahlung entschieden. Auch hätten sich der Kreis und die acht kreisangehörigen Städte, die bereits eine DV abgeschlossen hätten, ebenfalls für diese anteilige Lösung entschieden. Als weiteres Argument für diese Entscheidung wies er auf die teilweise nur mit wenigen Stunden beschäftigten Musikschullehrer hin, die bei Zahlung eines vollen Leistungsentgeltes dieses sogar mehrfach erhalten könnten, da sie häufig an mehreren Schulen beschäftigt seien. Schließlich war zu berücksichtigen, dass unter dem Aspekt der Gleichbehandlung die Vollzeit-Kräfte eine Benachteiligung darin sähen, wenn die Teilzeit-Kräfte ein gleich hohes Leistungsentgelt erhalten könnten.

Herr Bürgermeister Scheib machte deutlich, dass die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten mit seiner Billigung erfolgt sei, um den offenen Umgang mit diesem Thema zu dokumentieren.

RM Brandenburg gab zu bedenken, dass die Leistung an sich anerkannt werden solle, diese könnte von Teilzeit-Kräften ebenso erbracht werden wie von Vollzeit-Kräften.

Herr Probach merkte an, dass sich die Verwaltung seiner Meinung nach sehr viel Zeit für die Erarbeitung der DV gelassen habe. Er wies außerdem darauf hin, dass ein Leistungsentgelt für die Beamten aus Sicht seiner Fraktion erst dann möglich sei, wenn der Haushalt ausgeglichen sei, dies sei zurzeit noch nicht der Fall.

Er bat um Beantwortung folgender Fragen: Warum dauert der Bewertungszeitraum nur 9 Monate? Gibt es für die Reduzierung des Leistungsentgeltes an Teilzeit-Kräfte einen Stichtag? Wie ist die Regelung bei Umsetzungen innerhalb der Verwaltung während des Leistungszeitraumes?

RM Brehmer machte deutlich, dass es im Sinne seiner Fraktion sei, wenn zukünftig mehr Geld für die Leistungsentgelte ausgegeben werden könnte. Er wiederholte den Wunsch seiner Fraktion, dass auch die Beamtinnen und Beamten in den Genuss einer Leistungsvergütung kommen könnten und verwies auf die entsprechende Regelung für die in der ARGE beschäftigten Beamten. Er bat die anderen Ausschussmitglieder, dies zu überdenken.

RM Brandenburg wiederholte die bereits im letzten Jahr geäußerte Meinung ihrer Fraktion, dass die unterschiedliche Art der Besoldung die Ungleichbehandlung beim Leistungsentgelt rechtfertigte, während der TVöD das Leistungsentgelt verbindlich für die Beschäftigten festschreibe.

Herr Bürgermeister Scheib erklärte zur Anmerkung des Herrn Probach, dass die Verwaltung schon vor längerer Zeit mit dem Personalrat einig gewesen sei, der Personalrat die DV dann aber noch nicht unterschreiben wollte, da die Tarifvertragsparteien zunächst noch verschiedene offene Fragen diskutieren und klären wollten.

Herr Herold erkundigte sich nach dem Verfahrensstand des Leistungsentgeltes für Beamte in anderen Kommunen.

Herr Beigeordneter Danscheidt erläuterte, dass die Beamten in den meisten Kommunen mit in die Regelungen des Leistungsentgeltes aufgenommen worden seien, jedoch häufig ohne Ratsbeschluss. Hinsichtlich des von Herrn Probach angesprochenen Bewertungszeitraumes sei festzuhalten, dass der neunmonatige Leistungszeitraum gewählt wurde, um die Abrechnungsmodalitäten der einmal jährlich zu ermittelnden und auszuzahlenden Leistungsprämie hierdurch zu erleichtern. Für Teilzeit-Kräfte gebe es eine Stichtagsregelung; im Fall von Umsetzungen innerhalb eines Leistungszeitraumes würde das Leistungsentgelt pauschal ausgezahlt.

Der Vorsitzende, RM Corbat, bedankte sich abschließend für die Ausführungen.

2. Haushaltsangelegenheiten (s. auch Änderungsliste als Anlage zur Niederschrift)

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies Herr Beigeordneter Danscheidt auf die schriftlichen Erläuterungen der Verwaltung hin. Nach kurzer Diskussion wurde die beantragte Kürzung um 8.000 € bei dem Produkt 010804 € einstimmig abgelehnt.

Der von der Verwaltung bei dem Produkt 021501 angemeldete Mehrbedarf von 2.500 € wurde einstimmig angenommen.

3. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

- keine -

4. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Auf Nachfrage von RM Brandenburg erklärte die Gleichstellungsbeauftragte Frau Klemz, dass der Entwurf des Frauenförderplans jetzt fertig gestellt sei und demnächst beraten werden könne.

Herr Probach übergab dem Vorsitzenden, RM Corbat, einen schriftlichen Antrag der BA-Fraktion zur Erstellung des Stellenplans 2009 in der bis 2006 erfolgten Form.

RM Brehmer legte eine schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion zur demografischen Entwicklung bei der Stadtverwaltung Hilden vor. RM Brandenburg bat, die von der SPD erwünschten Daten getrennt nach Frauen und Männern zu ermitteln.

Herr Beigeordneter Danscheidt sicherte die Beantwortung der SPD-Anfrage in Form einer Sitzungsvorlage für den nächsten Personalausschuss zu.

II. Nichtöffentliche Sitzung

(...)

Um 17.45 Uhr schloss der Vorsitzende Corbat die Sitzung des Personalausschusses.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

RM Walter Corbat

Stadtoberverwaltungsrätin

Beigeordneter

Bürgermeister